

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. 8. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expéditeur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer Sonnabend den 12. Mai Abends.

Politischer Theil.

Mundschau.

Berlin, 8. Mai.

In Deutschland sehen wir auch heute noch das Züngeln der Kriegs- oder Friedenszustand-Wage unstill schwanken. Die Entscheidung liegt auch fast nicht mehr in der Hand der Mächte, sondern in der der unberechenbaren Ereignisse. Die Rüstungen schreiten auf allen Seiten im ausgedehntesten Maßstabe fort. In Preußen speciell ist die Mobilmachung sämmtlicher auf Kriegsbereitschaft gestellten Armeecorps erfolgt, und die Friedenshoffnungen schweben so ziemlich in der Luft, d. h. ermangeln begründeter Anhaltspunkte; denn vorläufig ist nicht abzusehen, wie aus dem Dilemma herauszukommen. Zwischen Habsburg und Hohenzollern schweben bekanntlich zwei Streitpunkte: die Abrüstungs- und die schleswig-holsteinische Frage. Bezüglich der Abrüstungsfrage ist bereits unterm 30. April eine hohenzollernsche Antwort auf die habsburgische Note vom 26. April nach Wien abgegangen. Nun wird in diplomatischen Kreisen behauptet, Habsburg wolle erst antworten, wenn Hohenzollern sich auch über die zweite habsburgische Depesche vom 26. April über Schleswig-Holstein ausgesprochen habe. Dies bleibt noch abzuwarten und es ist möglich, daß in dieser Frage noch eine Anfrage nach Wien gerichtet wird. Aber die hohenzollernsche Regierung wird — so viel läßt sich aus dem bisherigen Gang ihrer Politik ermessen — schwerlich auf den Vorschlag eingehen, die Entscheidung der Herzogthümerfrage dem Bunde zu überlassen, weil sie die im Wiener Frieden und im Gasteiner Vertrage erlangten Vortheile nicht aufgeben will. Dazu kommt, daß nach Ansicht des Berliner Kabinetts das zu berufende deutsche Parlament als Factor bei der definitiven Regelung der schleswig-holsteinischen Frage mitwirken soll, während die Absicht der habsburgischen Depesche auf eine Erledigung der Herzogthümerfrage vor der Bundesreform ausgeht. Es dürfte also schwer in dieser Angelegenheit eine Uebereinstimmung zwischen den beiden Großmächten herbeizuführen sein. — Einzelne Friedens-Sanguiniker setzen ihre Hoffnungen auf einen neuerdings wieder, diesmal nicht von Paris aus, sondern von England und Rußland angeregten europäischen Congress. Rußlands Zustimmung zu einem solchen Congress soll, wie behauptet wird, nur dadurch zu gewinnen gewesen sein, daß nach dem englisch-russischen Plane die Erörterung der polnischen Frage ausgeschlossen wurde. Das habsburgische Kabinet dagegen soll seinerseits gleich-

falls in London zu verstehen gegeben haben, daß es die venetianische Frage ausgeschlossen wünsche und nun wird wohl dem hohenzollern'schen Kabinet nichts übrig bleiben, als daß es ebenfalls auf die Congressidee eingeht, vorausgesetzt, daß die schleswig-holsteinische Frage ausgeschlossen wird. Man sieht, daß es mit dem Congress, wie wir schon bei einer früheren Gelegenheit sagten, eine windige Sache ist. Gordische Knoten werden nicht mit Congressen gelöst und bössartige Geschwüre nicht mit Rosenwasser behandelt. Seit 1848 ist Europa noch zu keiner dauernden Ruhe gelangt und die Risse, welche jenes Völkererbeben dem morschen europäischen Staatenbau beigebracht hat, sind noch klaffende Wunden im Organismus der Nationen. Die Risse, nur hier und dort nachdrücklich gestopft, müssen über kurz oder lang den Einsturz des alten Gebäudes herbeiführen und Jedermann fühlt, daß dieser Schaulustzustand eine Veränderung erleiden muß, diese Veränderung aber nur dann eine befriedigende werden kann, wenn sie eine Umgestaltung der europäischen Verhältnisse im Gange wird. Ob dies heute oder morgen geschieht, ändert nichts an der Thatsache, daß es geschehen wird, geschehen muß. Und wir hegen die bestimmte Ueberzeugung, daß die deutsche Nation, das deutsche Volk einig sein und den Weg seiner Selbstbefreiung finden wird, wenn nur erst die Situation sich geklärt hat. — Daß unter dem Kriegesgeräusch die hohenzollern'schen Parlaments- und Bundesreform-Pläne keine Fortschritte machen können, versteht sich wohl von selbst. „Unter den Waffen schweigen die Gesetze.“ — In Oesterreich hat die Regierung durch ein Staatsnoten- Decret die Kriegsgefahr nach Außen hin und die Dictatur im Innern feierlich proclamirt. Die amtliche „Wiener Ztg.“ publicirt nämlich ein vom 5. d. Mts. datirtes Gesetz, durch welches die Banknoten zu einem und fünf Gulden vom Tage der Publizierung an zu Staatslasten übernommen, zu Staatsnoten erklärt, und von allen landesbesitzlichen Kassen und Aemtern an Zahlungsstatt zu dem vollen Nennwerthe angenommen, und eben so bei den Zahlungen des Staates gegeben und unter Ueberwachung der Staatsschulden-Controll-Commission gestellt werden. Letztere hat die Höhe des Umlaufes vom Tage der Uebernahme an festzustellen und monatliche Ausweise über den jeweiligen Umlauf, der 150 Millionen nicht übersteigen darf, zu veröffentlichen. Die Nationalbank ist verpflichtet, den Betrag der Summe für die Uebernahme der Noten dem Staate sofort in Banknoten höherer Apoints zu leisten. Der Zeitpunkt der Einlösung, so wie die Art derselben wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt werden. Ferner hat die genannte Regierung am 4. d. Mts. den Journalen sehr bösslich, aber zugleich sehr nachdrücklich im Wege des Preßbureau's aufgegeben, jetzt weder von der Constitution, noch vom Reichsrath zu reden, da das nicht an der Zeit sei und die Redacteure sich überdies selber sagen könnten, daß

mit dem Septemberpatente sachlich die ganze Februarverfassung beseitigt sei, wenn auch Graf Belcredi nominell nur das Gesetz über die Reichsvertretung sifirt habe. — Das Mannheimer „Deutsche Wochenblatt“ hingegen scheint sich von einem Rathschlage, den es Habsburg ertheilt, Erfolg zu versprechen. Es rath ihm nämlich: „Benedig frei zu geben, aber als Republik, unabhängig von Italien und Deutschland, und es neutral zu erklären;“ ferner: „den Völkern auf die Freiheit zu stützen, die Ungarn zu versöhnen und der deutschen Nation eine constituirende Nationalversammlung zu bieten, aber rasch, um dann getroffen die Heerespausen gegen Bismarck wirbeln zu lassen!“ Das „Deutsche Wochenblatt“ — das wir seiner Phantasie wegen bewundern müssen — könnte eben so gut einem Stockfischen anrathen, sich seiner beiden Augen zu bedienen. — Sachsen hat in einer außerordentlichen Bundestags-Sitzung vom 5. d. M. einen Antrag eingebracht, der einen Beschluß des Bundes fordert, durch welchen Preußen auf Grund des Artikels 11 der Bundesakte (in welchem die Bundesglieder sich verpflichten, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen, sondern ihre Streitigkeiten bei der Bundesversammlung anzubringen) um eine beruhigende Erklärung ersucht wird, damit die Bundes-Versammlung nicht in die Lage komme, den Artikel 19 der Wiener Schlussakte (wenn Thätlichkeiten zwischen Bundesgliedern zu besorgen sind, so ist die Bundes-Versammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthilfe vorgebeugt wird) in Anwendung zu bringen. Die Abstimmung über den Antrag wird in der morgigen Sitzung stattfinden. In Sachen ist man allgemein mit der Kriegslust des Herrn v. Beust unzufrieden und saßt Resolutionen, welche diese Politik verurtheilen. — Ueber die jüngste Augsburger Conferenz und die augenblicklichen Verhandlungen der Mittelstaaten circuliren allerlei wunderliche Gerüchte. Von einer Seite wird versichert, Hr. v. d. Pfordten habe in Augsburg jedes Einvernehmen mit dem Grafen Bismarck von der Hand gewiesen und versichert, daß er etwaigen Reformanträgen mit der Tendenz, Süddeutschland unter Bayerns Militairhohheit zu gruppieren, entgegenzutreten werde. Der „Aölnischen Ztg.“ erzählt man dann wieder, die Einigkeit sei in Augsburg gar nicht weit her gewesen, wenn sie sich auch äußerlich in schönen glatten Worten zu erkennen gegeben habe. Zur Feststellung eines bestimmten Programms und besonders zur feierlichen Verpflichtung, dasselbe unbedingt durchzuführen, sei es jedenfalls nicht gekommen. Herr v. d. Pfordten habe sich geweigert, sich willenslos der Führung des Herrn v. Beust zu unterwerfen, denn, wenn auch der Letztere ein besserer Redner sei, so stelle doch Bayern 60,000 Mann und Sachsen nur 20,000, Bayern gebühre also die Oberleitung des neuen Bündnisses. — Ferner wird versichert, daß man in Darmstadt

Vorbereitungen zur Kriegsbereitschaft treffe. — Auch läuft ein Gerücht umher, wonach Bayern, Württemberg und Darmstadt einen förmlichen Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen und darin gegen die Garantie ungeschwächter Souveränität Hilfeleistung zugesagt hätten. — Das 7. und 8. Bundesarmee-corps sollen mobil gemacht werden. Die kommenden Ereignisse treten somit immer schärfer hervor.

Aus **Frankreich**, aus Paris, wird dem „Köln. Allg. Anz. f. Rh. W.“, einem vorsichtigen und in der Regel gut unterrichteten Handelsblatte, vom 3. d. Mts. telegraphirt: „In ganz Frankreich werden in aller Stille alle beurlaubten Soldaten einberufen, die Armee wird für alle Eventualitäten kriegsbereit gestellt.“ Und in der That scheint, trotz aller Friedensversicherungen, der diplomatische Redneck in den Tuilerien nicht müßig zu sein. Wenn auch das „Bans Ordre“ erhalten hat, den Besitzern italienischer Renten-Obligationen officiös anzurathen, um keinen Preis dieses Papier jetzt zu verkaufen, läßt man doch zugleich Mac Mahon von Algier zurückberufen. Der Marschall soll Ende Mai in Paris eintreffen. Für dieselbe Zeit ist vom Marine-Minister eine Conferenz sämtlicher im activen Dienste befindlicher Admirale und Contre-Admirale, so wie sonstiger höheren Marine-Officiere in Paris anberaumt.

In der **Donaufürstenthümer**-Angelegenheit wird, in einem in Bucharest erscheinenden Journal, „Regalitat“, die Wahl des Prinzen v. Hohenzollern durch Plebisit als gegen die Verträge und Landesgebräuche verstoßend und daher als ungesetzlich bezeichnet und die Regierung aufgefordert, das stattgehabte Verfahren als illegal zu erklären und den gesetzlichen Weg auf Grund der bestehenden Tractate zu betreten. — Eine officiële Depesche aus Paris, welche die Verwerfung der Wahl des Prinzen v. Hohenzollern Seitens der Conferenz meldet, fordert die Bucharester Regierung auf, diese Entscheidung durch das Amtsblatt bekannt zu machen. — Nach der gestrigen Pariser „Patrie“ ist es, nach Briefen aus Düsseldorf gewiß, daß der Prinz von Hohenzollern die Rumänische Krone annehmen wird. — Ein Decret der Statthalterchaft hat die Kammer zum 10. Mai einberufen. — Der ehemalige Kriegsminister Obrist Salomon ist wegen Complots gegen die Regierung verhaftet worden.

In **Belgien** werden ebenfalls Vorbereitungen zur Kriegsbereitschaft getroffen.

In der **Schweiz** hat der Bundesrath bereits die Truppen bezeichnet, welche im Falle eines Krieges zwischen Italien und Oesterreich die italienisch-schweizerische Grenze besetzen sollen, und soll jetzt die Frage berathen haben, ob nicht der Augenblick günstig sei, von den Mächten die Neutralitäts-Erklärung des Veltlin zu verlangen, welche, um die Neutralität des schweizerischen Gebiets an der italienischen Grenze in wirksamer Weise behaupten zu können, durchaus nothwendig ist. Da, in der schweizerischen Presse geht man sogar noch weiter, indem man dem Bundesrathe den Rath giebt, eine solche Neutralitäts-Erklärung, falls der Krieg allgemeiner werden sollte, auch für das ganze Rheinthal, den Bodensee mit seinen Wasserstraßen und die Eisenbahnen zwischen Constanz und Basel zu beanspruchen. — Die Pariser „Patrie“ vom 7. d. Mts. theilt mit, daß die Schweiz von den Großmächten die Zusicherung der Neutralität erhalten habe.

In **Italien** verfügt ein Rundschreiben des Kriegsministers die Zulassung von Freiwilligen in die reguläre Armee mit einjähriger Dienstverpflichtung. — Die „Opinione“ meldet, das Decret über die Bildung von Freiwilligen-corps und die Ernennung eines Comitè zur Organisation derselben sei unterzeichnet. — Ein königliches Decret vom 6. Mai verfügt die Mobilisirung von 50 Bataillonen Nationalgarde für den Kriegsdienst auf die Dauer von drei Monaten vom 20. Mai ab gerechnet. — Die im Hafen von Toulon liegende italienische Panzerfregatte „Varese“ ging am 7. Mgi auf von Florenz eingegangene Ordre in See, nachdem sie vorher in aller Eile ihre Bemannung aus Matrosen der Handelsmarine gebildet hatte. — Aus Dresden wird unterm 6. d. M. gemeldet, daß die

Festungsarbeiten von Mantua unter Wasser gesetzt und daß die Befestigungen Peschiera und Pegnanos verstärkt worden sind. — Nach Berichten aus Messina ist Mazzini daselbst mit 329 gegen 209 Stimmen zum Deputirten gewählt worden. — Ueberall finden begeisterte Kundgebungen für den Krieg statt.

Aus **Spanien** erfährt man zu dem hienigen Conflite, daß, wie den „Times“ aus Santiago geschrieben wird, dem Bündnisse gegen Spanien sich auch die Republiken Neu-Granada und Venezuela nächstens anschließen werden. Dem Beitritte der argentinischen Republik und Uruguay's stände hauptsächlich nur der Krieg mit Paraguay entgegen. Im Uebrigen schleppt sich der Krieg fort, ohne daß eine Entscheidung abgesehen wäre.

In **England** brachte Gladstone in der gestrigen Sitzung die bereits angeführte Reirtributionbill (Bill in Betreff der Vertheilung der Parlementssteuern) ein. Dieselbe nimmt 49 bisher je zwei Parlamentsglieder deputirenden Burgstellen je ein Mitglied, gruppirt kleinere Burgstellen mit größeren und giebt von den 49 disponiblen Sitzen 26 den Grasschaften und 23 den Burgstellen. Peel kündigte seine Opposition gegen die Bill an. Die Bill passirte alsdann die erste Lesung, ebenso die schottisch-irische Reformbill. — Demnächst erwiderte Layard auf eine Interpellation Salomon's: „Die Regierung bedauere es, keine befriedigende Information über die Lage auf dem europäischen Kontinente mittheilen zu können. Die Ansichten der englischen Regierung über die wirrprängliche Veranlassung seien bekannt; Preußen wie Oesterreich und Italien wüßten vollkommen, daß England freudig seine Freundschaftsdienste leisten würde, wenn sie gewünscht würden und Gutes bewirken könnten. Die englische Regierung habe der französischen den Wunsch ausgedrückt, dieses Ziel gemeinsam anzustreben, denn allein könne England offenbar nicht handeln.“

Aus **Amerika** meldet „Reuters Office“, d. d. New-York 26. April, daß Seward den amerikanischen Gesandten in Wien instruit habe, gegen weitere Truppenentsendungen nach Mexiko Protest einzulegen, da die Vereinigten Staaten bei einer Fortsetzung des Krieges gegen die mexikanische Republik nicht länger neutral bleiben könnten. — Dagegen hat, nach den „Times“, der Senat die Ernennung des Herrn Lewis Campbell zum nordamerikanischen Gesandten bei der „Republik“ Mexiko nicht bestätigt hat.

Deutschland.

* **Berlin**, 8. Mai. Ueber Bismarck's Politik und Frankreich's Verhältnis zu derselben enthält die Pariser „Opinion nationale“ vom 3. d. Mts. einen stellenweise sehr interessanten Artikel, in welchem es u. A. heißt:

In Frankreich machen die monarchischen Blätter aller Farben kein Hehl aus den Befürchtungen, welche ihnen die in Sachsen und Venetien mit einem Ausbruch drohende Krisis einflößt. Sie sind unerschöpflich in ihren Angriffen auf Herrn v. Bismarck. Ist Hr. v. Bismarck denn ein Demokrat, ein Agent der europäischen Revolution, der sich als Minister des Rechts von Gottes Gnaden verkleidet hat? — Nichts weniger als das. Hr. v. Bismarck ist ein tüchtiger und energischer Staatsmann, den keine der Regierungen der Vergangenheit verlegen haben würde. Weder das Frankreich von 1789, noch das junge Deutschland leiten seine Gedanken und seinen Ehrgeiz. Allein die Verhältnisse sind härter als die Menschen. Indem Herr von Bismarck vielleicht etwas ganz Anderes will, dient er der Sache der Revolution, ungefähr wie Richelieu, der Cardinal der römischen Kirche, Sieger von La Rochelle, Herr von Frankreich tragt des Henterbeils, der Sache der religiösen Freiheit während des dreißigjährigen Krieges dienen mußte.

Die Geschicke schlagen ihre eigenen Bahnen ein, mögen die Menschen wollen oder nicht. Während wir in einem siebenjährigen Waffenstillstand von den friedlichen Erzeugnissen der gesetzlichen Freiheit träumten, bereitete sich eine neue Situation vor, welche die Aufgabe der Trübne auf die Schlagschilde übertrug, und deren Lösung nicht mehr den Rednern, sondern den Soldaten anheimfiel. Diese Situation haben wir nicht geschaffen, und viele von uns haben sie

nicht gewünscht, aber wir müssen sie hinnehmen, und es bleibt uns nur übrig, uns die Frage vorzulegen, welchen Vortheil wir aus ihr für das allgemeine Befreiungswort ziehen können. — In der That, wir haben weder zur Verweisung, noch zur Betreibung irgend einen Anlaß. Italien hat sich erhoben, wie in den Tagen von Vellebro und Marsala, und von Neuem erschallt der Name Venedig, Allen so theuer, die das Loos der unterdrückten Völker beklagen und für ihre Freiheitsliebe keine Grenzen kennen. In Deutschland sah Preußen selber sich gezwungen, vom allgemeinen Stimmrecht zu reden; der Bund sucht sich in einer den Interessen und den Bestrebungen der Neuzeit entsprechenden Weise umzugestalten, und Ungarn, das Oesterreich mit gefalteten Händen ansieht, überlegt es sich, ob es noch einmal die von ihm so oft schon gerettete Monarchie retten oder ob es für eigene Rechnung handeln soll. Was bleibt uns zu thun übrig? Sollen wir uns in eine unfruchtbare Zurückhaltung einschließen, welche völlig den Charakter eines ohnmächtigen Schmolens an sich tragen würde? Oder sollen wir nicht Einsicht und Uneigennützigkeit genug besitzen, um zu begreifen, daß Europa nicht länger mehr in diesem Zustande des gegenseitigen Mißtrauens, des schlecht verhaltenen Grolls, des bewaffneten Friedens und des latenten Krieges leben konnte. Jedes Ding hat seine Zeit, und wenn es wahr ist, daß das erste liberale Erwachen Frankreichs in die Zeit des ersten italienischen Krieges fällt, sind wir alsdann nicht wohl zu der Hoffnung berechtigt, daß auch dieses Mal wieder die Erzeugnisse der Rationalität jenseits der Alpen zum Fortschritte unserer Freiheiten im Innern beitragen müssen?

Ob Herr v. Bismarck der deutsch-demokratischen Einheitsfrage in ähnlicher Weise dienen wird wie seiner Zeit Richelieu der Glaubensfreiheit, wird größtentheils von der Einsicht und Kraft des deutschen Volkes und seiner Führer abhängen.

[Ein Attentat auf den Grafen Bismarck] wurde im Laufe des gestrigen Abends versucht. Der Minister soll jedoch nur einen ungesährlichen Circumschlag erlitten haben. (Siehe das Weitere unter der Rubrik: „Bermischtes.“)

[Herr von Rodbertus] hat an die „A. A. Z.“ eine Zuschrift gerichtet, worin er eine Zeitungs-Nachricht, wonach er an der Ausarbeitung der preussischen Reformvorschlüge mitbeauftragt sei, für aus der Luft gegriffen erklärt. Zur Verhütung von Mißverständnissen sagt Herr von Rodbertus hinzu, daß er die preussische Politik, soweit er sie zu beurtheilen vermöge, vollständig theile, da er sie vor allem für deutsch halte. Was heißt „deutsch“? Vorläufig haben wir noch gerechte Bedenken gegen die Deutschtum dieser Politik und müssen sie bis auf Weiteres für großpreussisch halten, deutsch wird sie nöthigenfalls wohl erst gemacht werden müssen; aber dann hat sie eben ausgeübt, eine Politik aus freiem Antriebe zu sein. — Sehr zu bedauern hinsichtlich des Publicandums der „Allg. Ztg.“ ist, daß sie die Motivirung der neuesten Ansichten des Hrn. v. Rodbertus, vermutlich aus Parteisüchtheiten, verschweiget. Unstreitig wäre es interessant gewesen, zu erfahren, wie der Genannte seine früheren großdeutschen (stark habsburgischen) Ansichten mit den hohenzollern'schen des Herrn v. Bismarck in Einklang zu bringen verliert. Bekanntlich forderte er in einer Flugschrift, die er mit den Herren Lothar Bucher und v. Berg herausgab, mit ungeheurer Leidenschaft, „an Oesterreich (d. h. an der ganzen habsburgischen Monarchie, wie sie ist) festzuhalten, um nicht „dessen großen Colonisationsberuf im Osten zu schwächen“. Das deutsche Volk dürfe nicht dafür gestraft werden, daß die Habsburger diese schwierige Aufgabe ungeschickt angegriffen und Versehen und Frevel begingen. Zum Schluß jener Schrift heißt es:

Um Venetien besteht zwischen den beiden Hältern ein verhängnisvoller Conflit, wie die antike Tragödie ihn zu behandeln liebte. Sagt nicht, der Theil sei schuld, jener Theil sei schuld, das Verhängnis ist schuld. Wird der Conflit rechtlich verurteilt, so mag er einst in Güte gelöst werden. Es läßt sich ein Abkommen nach dem Muster des Barrieren-Tractates mit Italien treffen. — Wenn ein Volk der Erde fähig ist, solche Opfer zu bringen, so sind wir Deutsche es. Aber heute bleiben die vier Schlösser unserer Thür hängen. Daß, wenn die Italiener die Freiheit gewonnen, ihr keine Gefahr aus dieser Thür drohen soll, dafür bürgt ihnen, daß Oesterreich des Reichthums am Deutschen Volke nicht entbehren kann. Haben sie uns aber mit falschen Worten oder drohenden Gebreche, so rufen wir ihnen mit ihrer Würde einem, mit Dante, zu: „Wisset, daß auch, was durch Gottesurtheil der Waffen gewonnen wird, ehrlich, von Rechts wegen gewonnen ist.“